

AUF - Partei für Arbeit, Umwelt und Familie

Christen für Deutschland

Grundsatzprogramm *- Entwurf -*

Vorlage für die Gründungsversammlung am 26.01.2008

Inhalt

Präambel	
1. Grundsätze und Leitlinien	
1.1 Politik in Verantwortung vor Gott	4
1.2 Positionierung in der politischen Mitte	5
1.3 Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Familie	5
1.4 Freiheit , Transparenz und Subsidiarität	6
1.5 Aktive und verantwortliche Gestaltung der Politik	7
2. Politik für Arbeit, Umwelt und Familie	
2.1. Arbeit.....	7
2.2. Umwelt	8
2.3. Familie.....	9
3. Grundpositionen zu Politikfeldern	
3.1. Gesellschafts- und Sozialpolitik	12
Soziales	12
Senioren	12
Frauen	13
Kinder und Jugend	13
Menschen mit Behinderungen	14
Lebensschutz	14
3.2. Bildung und Forschung.....	15
Bildung	15
Forschung	17
3.3. Gesundheit.....	17
3.4. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	18
Ernährung und Landwirtschaft	18
Verbraucherschutz	19
3.5 Innenpolitik	19
Innere Sicherheit	20
3.6. Finanzen und Steuern	21
3.7 Wirtschaft und Technologie	22
3.8 Verkehr, Bau, Stadtentwicklung	23
Verkehr	23
Bauwesen.....	23
Stadtentwicklung und Raumordnung	23
3.9 Justiz	24
3.10 Verteidigung	25
3.11 Europa	25
3.12 Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	26
3.13 Außenpolitik	26
Friedenspolitik	27
Israel und Naher Osten	27

Präambel

Die Politik von AUF gründet auf der jüdisch-christlichen Ethik und dem Deutschen Grundgesetz von 1949. In diesem Grundgesetz stellt sich das deutsche Volk in die Verantwortung vor Gott und den Menschen. Es verpflichtet sich zu der Unantastbarkeit der Würde des Menschen, zu Menschenrechten, Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit.

Die schrecklichen Erfahrungen des letzten Jahrhunderts, der beiden Weltkriege und der beiden Diktaturen des Nationalsozialismus und des Sozialismus ermahnen uns, dass für ein dauerhaft gelingendes Gemeinwesen diese ethischen Grundsätze unaufhebbar und unveränderlich gelten. Das Wissen um die Verantwortung für diese Vergangenheit muss umso mehr die Verantwortung für die Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft bewusst machen. Wir müssen uns heute selbstkritisch fragen, zu welchen Ergebnissen die gesellschaftliche Veränderung und die Politik der letzten vierzig Jahre geführt haben. Wir stellen hierbei vielfache und zum Teil bereits gesellschaftlich festgefahrene Tendenzen fest, die mit den genannten ethischen Grundsätzen unvereinbar sind. Ein Beispiel ist der „demographische Wandel“, der nicht zuletzt das Resultat eines millionenfachen Tötens ungeborener Kinder ist. Ein zweites Beispiel ist ein Unterlaufen menschlich adäquater, sozialer Institutionen, wie Ehe und Familie, und eine entsprechende Relativierung sexualethischer Grundsätze. Weitere Tendenzen sind die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen bzw. des ökologischen Gleichgewichts incl. der kurzfristigen Ausbeutung natürlicher Ressourcen, sowie die Gefährdung einer wirksamen Demokratie durch ein allmähliches Außerkraftsetzen der Souveränität der Einzelstaaten durch europäische Institutionen.

Die Bedingungen für die Erhaltung eines gerechten, lebenswerten und –fähigen sowie freien Gemeinwesens müssen daher zu jeder Zeit aktiv gestaltet und immer wieder neu erkämpft werden. In dieser Hinsicht sind Kompromisse nicht verantwortbar. Für diese Aufgabe benötigen wir eine wahrhaftige und transparente Politik, die sich klar zu ihren ethischen und geistigen Wurzeln bekennt und sich ihnen verpflichtet sieht.

1. Grundsätze und Leitlinien

1.1 Politik in Verantwortung vor Gott

Die deutsche Geschichte macht klar, dass ein gerechtes, freies und menschlich adäquates Gemeinwesen gerade in Krisenzeiten nur dann gewährleistet werden kann, wenn es auf einer fest gegründeten Werteordnung steht. Wo viele Werteordnungen im freien Wettbewerb stehen, wird sich in der Regel die Werteordnung der stärkeren Gruppe oder „das Recht des Stärkeren“ durchsetzen. Die Mitglieder in AUF halten dies aus ethischen Gründen für nicht hinnehmbar. Die Mitglieder in AUF wollen sich daher ganz bewusst der Verantwortung vor Gott stellen. Wir sind gewiss, dass nur das, was vor Gott verantwortbar ist, gut ist für den Menschen und verantwortlich gegenüber der Schöpfung. Die Verantwortung vor Gott zu übernehmen setzt voraus, dass wir eine klare Vorstellung von Gott haben. Nach der jüdisch-christlichen Auffassung ist Gott vollkommen gut und wahrhaftig. Er ist der Schöpfer von Himmel und Erde und er handelt in der Geschichte. Er schuf den Menschen und hat ihm Würde, Freiheit, Individualität, Vernunft und Verantwortlichkeit verliehen. Dies ist die Grundlage der Menschenrechte und einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratie. In der Bibel, in unserem Gewissen und durch unser unvoreingenommenes Denken offenbart uns Gott ethische Maßstäbe für ein gelingendes Zusammenleben. Die Orientierung an diesen zeitlosen und zuverlässigen Maßstäben stellt für uns die Grundlage für verantwortliches und vernunftgemäßes Handeln dar. Daher vertreten wir unsere Positionen und unser Programm ganz unabhängig von den Forderungen des Zeitgeistes.

1.2 Positionierung in der politischen Mitte

Es gibt keine rationale Überzeugung ohne den bestimmten Grund, auf dem diese Überzeugung beruht. Es gibt kein christliches Menschenbild und keine christliche Ethik ohne den Bezug auf Jesus Christus. Wir sind der Überzeugung, dass dieser Bezug der beste Garant für eine positive und lebenswerte Zukunft ist. Die Mitglieder von AUF bekennen sich daher zum "Apostolischen Glaubensbekenntnis". AUF verpflichtet sich nach innen und nach außen zu einem ethisch verantwortbaren Politikstil. Auseinandersetzungen werden sachlich und fair geführt und sind von gegenseitigem Respekt getragen. Politiker, die wissentlich die Unwahrheit sagen oder Versprechen abgeben, ohne die Absicht sie zu halten, haben in AUF keinen Platz. AUF besitzt transparente Strukturen und Entscheidungswege. Alle Positionen und Entscheidungen werden mit aufrichtigen Argumentationen vertreten.

AUF möchte im Unterschied zur aktuellen Politik anderer Parteien in der politischen Mitte eine neue, AUFwärts gerichtete Politik machen, die vor Gott und den Menschen verantwortet werden kann. Die ausschließliche Klassifizierung von Parteien in der „politischen Mitte“ halten wir angesichts der wirklichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen für nicht mehr ausreichend. Unser Maßstab für eine erfolgreiche, politische Arbeit ist die Verwirklichung gesellschaftlicher Bedingungen, unter denen die Schwachen nicht in irgendeiner Weise von den Starken unterdrückt und ausgebeutet werden. Unsere Politik ist vom Ideal geleitet, dass die Starken zwanglos den Schwächeren zu dienen bereit sind und nicht die Situation der Schwächeren zu ihren Gunsten missbrauchen. Der Weg dorthin kann freilich nicht wiederum durch Zwangsmaßnahmen, Umverteilungen oder gar Revolutionen gegangen werden, sondern nur durch eine geistig-moralische Wende, in der die Politik selbst den ersten Schritt gehen muss.

1.3 Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Familie

Die Würde des Menschen ist unantastbar, unbedingt und unverfügbar. Eine rationale Begründung der Menschenwürde beruht wesentlich auf dem jüdisch-christlichen Menschenbild. Nur das gesellschaftliche Bewusstsein der Grundlage der Menschenwürde kann ihre uneingeschränkte Wahrung dauerhaft sicherstellen, was AUF als eine ihrer Hauptaufgaben ansieht. Diese Würde umfasst die ganze Zeitspanne des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum natürlichen, vollständigen Tod des Menschen. Kein Mensch und keine Gruppe von Menschen dürfen menschliches Leben als bloßes Mittel zu beliebigen Zwecken gebrauchen. Kein Mensch und keine Gruppe von Menschen dürfen das Lebensrecht und die Würde des Menschen an Bedingungen oder Definitionen knüpfen. Die Würde eines Menschen ist unabhängig von dessen Eigenschaften; sie ist unabhängig von dessen Fähigkeiten und Fertigkeiten, Lebensentwurf, Gesundheitszustand, Alter, Rasse, Herkunft, Geschlecht, Besitz oder Bekenntnis. Eine würdevolle Behandlung muss jederzeit auch Menschen zukommen, die straffällig geworden sind.

Jeder Mensch ist ein einzigartiges Individuum. Er hat das politische Recht und die moralische Pflicht zur Entfaltung seiner Begabungen. Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass jeder Mensch die gleichen Chancen auf die Entfaltung seiner Persönlichkeit und Begabungen erhält. Die unterschiedlichen Begabungen der Menschen haben dabei den gleichen Wert und verdienen die gleiche Anerkennung. Dies betrifft in maßgeblicher Weise die jeweiligen Besonderheiten von Mann und Frau. Der Respekt vor der natürlichen Unterschiedlichkeit von Mann und Frau ist eine wertvolle und unaufhebbare Bedingung für ein gelingendes, menschlich adäquates Gemeinwesen. Nur ein

Gemeinwesen, das der Natur des Menschen gerecht wird, kann die volle Würde des Menschen auch gewährleisten. Eine verantwortungsvolle Politik sieht sich jederzeit in der Pflicht, die Würde eines jeden Menschen in seiner Besonderheit und Einzigartigkeit vollständig zu wahren und zu verteidigen. Dies entspricht einem wesentlichen Ziel von AUF; Wir wollen die Stellung der Frau in der Gesellschaft stärken, doch wir lehnen eine Ideologisierung der Gleichstellungspolitik ab, welche die natürlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau ganz oder teilweise aufheben möchte.

Die Ernsthaftigkeit, mit der ein Gemeinwesen die Forderungen der Menschenwürde einlöst, wird klar sichtbar am Status derer, die nicht aktiv ihre eigenen Menschenrechte einfordern können. Insbesondere der Status der Kinder ist ein Zeichen für den humanitären Zustand eines Gemeinwesens. AUF tritt entschieden für die Rechte von Kindern und Familien ein. Dem Deutschen Grundgesetz folgend, muss die Erziehung und Pflege der Kinder höchste Priorität in der Lebensgestaltung ihrer Eltern besitzen. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Eine Erziehung, die durch den Staat erfolgt, schwächt die Grundlagen einer freiheitlichen Demokratie und einer mündigen Bürgerschaft. Tendenzen, welche Familie durch Staat oder Gesellschaft ersetzen wollen, lehnt AUF daher entschieden ab.

1.4 Freiheit , Transparenz und Subsidiarität

In einer Wissens- und Mediengesellschaft kann der Einzelne seine Freiheit und Verantwortung nur wahrnehmen, wenn eine zuverlässige, ausgewogene und wahrheitsgemäße Information und Wissensvermittlung gewährleistet ist. Jede Form einer informationellen Manipulation und Fehlinformation widerspricht hingegen der Freiheit und Würde des Einzelnen, destabilisiert das Gemeinwesen und unterläuft die Presse- und Informationsfreiheit. Wir wollen daher auf einen möglichst hohen Grad an Aufklärung, Wahrhaftigkeit und Transparenz in der gesellschaftlichen Kommunikation hinarbeiten. Dies betrifft alle Bereiche der Gesellschaft, einschließlich der Medien, des Bildungssystems, der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft. Auf diese Weise wird das gesellschaftliche Vertrauen gefördert und eine wirklich freie Wahl von Lebensentwürfen ermöglicht. Wir sind überzeugt, dass nur unter den Bedingungen einer aufgeklärten und informierten Gesellschaft eine gerechte und freiheitliche Demokratie dauerhaft gelingen kann. Die Realisierung solcher Bedingungen ist ein entscheidender Schritt hin zu einer direkteren und bürgernäheren Demokratie, die von AUF angestrebt wird.

Für AUF hat der Gedanke der Subsidiarität höchste Priorität gegenüber einer Politik, die gegen einen Werteverfall mit immer neuen Gesetzesmaßnahmen reagiert. Was Familien, Vereine, Kirchen, Innungen, freie Trägerschaften und besonders auch die kleineren politischen Ebenen wie Kommunen und Gemeindeverbände leisten können, sollen sie auch befähigt werden zu leisten. Wir erkennen, dass besonders die letzten vierzig Jahre durch einen vermeintlich in die Freiheit führenden neuen Geist eine zunehmende Politikverdrossenheit und allgemeine Apathie erzeugt haben. Eine Freiheit, die sich nicht aus freiem Willen an eine Werteordnung bindet, die sich deutlich in der Geschichte bewährt hat, ist in der Gefahr sich selbst in ein unfreies System zu verlieren. Genauso verliert sich aber auch eine bürgerliche Gesinnung der Selbstzufriedenheit.

1.5 Aktive und verantwortliche Gestaltung der Politik

Gesellschaftliche Veränderungen sind in der Regel von uns Menschen verursacht. Die gesellschaftliche Realität fassen wir daher nicht als gegebenes Schicksal auf, sondern sie ist von

jedermann und in besonderem Maße von den gewählten Volksvertretern verantwortlich und aktiv nach klaren ethischen Maßstäben zu gestalten. Der „demographische Wandel“, der „Wertewandel“, der „Klimawandel“ oder die „Globalisierung“ sind durch Menschen herbeigeführt worden, genauso wie Kriege oder Wirtschafts- und Währungskrisen. Wir sind der Überzeugung, dass eine Politik, die sich von einer „gesellschaftlichen Realität“ leiten lässt, anstatt sie zu gestalten, ihrer Verantwortung nicht gerecht wird. Ziel unserer Politik ist eine aktive Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse nach ethischen Maßstäben und der Verantwortung vor Gott und den Menschen.

Eine aktive Politik ist entschlossen, die durch unser Grundgesetz verankerte, gemeinsame ethische Grundordnung im Rahmen der rechtstaatlichen Möglichkeiten wirkungsvoll zu verteidigen. AUF tritt insbesondere ein für eine sachlich fundierte Aufklärung über Ideologien, für die nachgewiesen werden kann, dass sie mit den Grundpositionen des Deutschen Grundgesetzes nicht vereinbar sind. Dies betrifft unserer Ansicht nach den Rechts- und Linksradikalismus, einen ideologischen Naturalismus sowie bestimmte religiöse Ideologien, wie zum Beispiel den politischen Islam.

AUF will auf jedem Gebiet aktiv die ethischen und rechtlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass eine gerechte, freie und lebenswerte Gesellschaftsstruktur auch in Krisenzeiten Bestand haben kann. Es ist ein wesentliches Ziel unserer Politik, dass jedes menschliche Leben sich individuell entfalten und gelingen kann. Dieses Ziel hat jederzeit Vorrang vor der Verwirklichung von Einzel- oder Gruppeninteressen.

2. Politik für Arbeit, Umwelt und Familie

2.1. Arbeit

Die menschliche Arbeit steht nach extremen Steigerungen der Produktivität vor völlig neuen Herausforderungen. Während viele Menschen voll gefordert und teils überfordert sind, sind viele auch von den heutigen Prozessen des Arbeitslebens ausgeschlossen. Gleichzeitig ist ein hoher Bedarf an Arbeit vorhanden (z.B. im gesamten Sozialbereich, u.a. in der Betreuung Pflegebedürftiger), der nur deshalb nicht ausgefüllt werden kann, weil an diesen Stellen die notwendigen Mittel nicht vorhanden sind. Weiterhin schwindet bei vielen Menschen Ihre Identität mit der Arbeit, weil die Schaffung von Arbeitsplätzen zu einem Selbstzweck des wirtschaftlichen Wachstums geworden ist, ohne die Folgen der Arbeit für die Umwelt sowie für Gesellschafts- und Sozialsystem zu überschauen.

Eine grundlegende Weiterentwicklung der menschlichen Arbeit erfordert eine Erweiterung des heutigen Begriffs Arbeit, der nicht nur die Erwerbstätigkeit einschließt. Bisher kaum bewertete, aber gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten wie Familienarbeit benötigen eine neue – auch finanzielle – Anerkennung (siehe auch Abschnitt „Familie“).

Primäres Ziel einer neuen Arbeitsmarktpolitik ist die adäquate Eingliederung aller Menschen in den Arbeitsprozess. Jeder jugendliche und erwachsene Bürger soll die Möglichkeit eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes erhalten. Dazu muss sich Ausbildung und Arbeit wieder für alle lohnen, sowohl für Arbeitgeber/innen als auch Arbeitnehmer/innen. Im Rahmen eines Kombilohn-Modells wird bei gleichzeitiger Sicherung des Grundeinkommens (siehe Soziales) jederzeit ein Anreiz zur Arbeit gegeben sein, das heißt die Aufnahme oder die Erweiterung einer Tätigkeit muss sich in jedem Fall lohnen, und darf bei geringfügig Beschäftigten und Geringverdienern nicht zum Totalverlust von Sozialleistungen führen.

Zugleich möchte AUF die Verantwortung der Unternehmen für Ausbildung und Arbeit stärken. Dazu benötigen die Unternehmen einerseits mehr Flexibilität am „normalen“ Arbeitsmarkt, andererseits aber höhere Zielvorgaben zur Integration von z.B. Ausbildungsplätzen und Behindertenarbeitsplätzen. Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten, sollen aber auch durch einen weitgehenden Abbau der Lohnnebenkosten (Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) entlastet werden. Dies wird möglich durch gleichzeitig erhobene Umweltabgaben (siehe auch Abschnitt „Umwelt“). Dadurch lohnt es sich für Unternehmen, in stärkerem Maße Arbeitsplätze anzubieten. Der auch in Zukunft notwendige Strukturwandel geht dann nicht mehr auf Kosten von Arbeitsplätzen. Stattdessen verlagert sich der Rationalisierungsdruck der Unternehmen auf die Einhaltung von Umweltzielen. Ein weiterer Effekt ist, daß menschliche Arbeitskraft für sinnvolle Aufgaben auch dort rentabel eingesetzt werden kann, wo es bisher zu teuer war. Arbeitsplätze werden auch deshalb entstehen, weil die Einsparung von Rohstoffen langlebige Güter erzeugt, die in den meisten Fällen arbeitsintensiv und reparabel sind. Die Entwicklung neuer Produktionsformen muß dem einzelnen Arbeitsplatz wieder einen befriedigenden Sinn geben, indem die übertriebene Arbeitsteilung und Spezialisierung abgebaut wird.

2.2. Umwelt

AUF tritt für den Erhalt von Natur und Umwelt ein. Unser einseitig auf materiellen Verbrauch ausgerichtetes Wohlstandsmodell in den Industrieländern, das den Ressourcenbestand und die Ökosysteme aus dem Gleichgewicht gebracht hat, wird für viele Menschen weltweit zu einem gefährlichen Vorbild. Die Folgen sind die Gefährdung der menschlichen Lebensgrundlagen Wasser, Luft und Boden, und die Störung und Zerstörung wichtiger Lebensräume von Pflanzen und Tieren,

AUF tritt für das Prinzip der konsequenten Nachhaltigkeit ein: Nur was sich langfristig verantworten läßt, darf heute geplant und umgesetzt werden. Die heutige Politik erfordert dieses Kriterium nicht: Sie erfüllt die Forderungen der heute lebenden Menschen auf Kosten der Lebenschancen nachfolgender Generationen.

Im besonderen drückt sich die Missachtung der Nachhaltigkeit in der fast ausschließlich auf fossilen Rohstoffen basierenden Energieversorgung aus. Ein Umbau der Energieversorgung ist daher unabdingbar. Durch Energiesparen, das durch eine zunächst bundesweite Kampagne einzuleiten ist, und insbesondere durch effiziente Energienutzung und konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energiequellen ist der Umbau schrittweise realisierbar. Der Ausbau der Atomenergie ist in diesem Zusammenhang keine Alternative. AUF will erreichen, daß Deutschland bis 2030 weitgehend unabhängig vom Import fossiler Energieträger ist.

Die heutige Politik missachtet die Bereitschaft der Bevölkerung, das heute gültige Wohlstandsmodell zu überdenken und Lebens- und Verhaltensweisen zu ändern. Dafür notwendig ist jedoch ein Angebot an Produkten, das den ökologischen Folgen gerecht wird. Weil sich immer nur wenige Menschen aus Idealismus richtig verhalten, müssen die Bedingungen so geändert werden, daß sich ökologisch richtiges Verhalten lohnt und unökologisches Verhalten umso teurer wird, je schädlicher es ist. D.h., Preise müssen die ökologischen Folgekosten widerspiegeln, damit umweltschonende Produkte konsequent günstiger sind als umweltschädlichere Produkte. Derzeit zahlt der Verbraucher häufig zusätzlich für den Umweltschutz, insbesondere z.B. im Bereich ökologischer Lebensmittel.

Die Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine globale Herausforderung. AUF unterstützt daher Europa- und weltweite Zielsetzungen, die gemäß der Nachhaltigkeit das globale ökologische Gleichgewicht schützen und wiederherstellen, wo es zerstört ist. Umgesetzt werden

diese Ziele insbesondere mit einem Umbau des Abgabe- und Steuersystems, in dem Lohnnebenkosten gesenkt, und stattdessen, maximal in gleichem Umfang (aufkommensneutral), Umwelt- und Energieabgaben erhoben werden. Damit werden z.B. erneuerbare Energieträger schneller wettbewerbsfähig und ersetzen fossile Energieträger. Diese Änderungen können für Teile des produzierenden Gewerbes nur im internationalen Verbund und insbesondere nur zusammen mit den europäischen Nachbarn erfolgen. Die Länder, die aber wenigstens schrittweise allein vorangehen, werden zum einen schneller die Arbeitslosigkeit bekämpfen (über Senkung der Lohnnebenkosten) und zum anderen Wettbewerbsvorteile in der Herstellung und Nutzung umweltfreundlicher und energieeffizienter Technologien erlangen.

2.3. Familie

Anerkennung der Erziehungsleistung

Zunehmender Geburtenrückgang, wachsende Zahl von Alleinerziehenden und die steigende Zahl von Single-Haushalten sind beunruhigende Signale im Hinblick auf eine gesunde Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.

In der christlich-sozialen Werteordnung umfasst die Familie drei Generationen: Großeltern, Eltern und Kinder. Der Zeitgeist hat diese bewährte Grundordnung längst verlassen. Mehr noch: er demontiert fortschreitend dieses wichtige gesellschaftliche Fundament: Senioren (Großeltern) werden gesellschaftlich zunehmend isoliert und aus der Familie systematisch in Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen ausgegliedert.. Kinder werden zunehmend an Betreuungseinrichtungen abgegeben. Es ist weitgehend gesellschaftlich anerkannt, dass der Staat Verantwortung übernehmen soll, die seit Urzeiten Familien getragen haben. Daher werden zunehmend staatliche Betreuungseinrichtungen (Ganztagsschulen, Kinderkrippen, Vollzeitkindergärten, usw.) geschaffen. Dagegen ist der Staat entsprechend Art. 6 Abs. 2 unseres Grundgesetzes verpflichtet, die Familien in der Wahrnehmung dieser Verantwortung zu stärken.. Die geistigen Väter unseres Grundgesetzes hatten mit vorgenannten Grundgesetzpassagen zurecht anderes im Sinn: sie wollten die Familien stärken als Grundlage einer intakten Gesellschaft.

Die Verlagerung von Erziehungs- und Familienarbeit auf Betreuungseinrichtungen wirkt sich heute in der seelischen Schwächung der jungen Generation aus und ist eine wesentliche Ursache auch der wirtschaftlichen Probleme der Industrienationen: Die Zunahme der negativen Sozialindikatoren Kriminalität, Suchterkrankungen, Geburtenschwund und Ehescheidung sowie die unzureichende Leistungsfähigkeit vieler Jugendlicher, die bereits bei Kindern in den ersten Grundschuljahren sichtbar wird, ist mitbedingt durch die wachsende Instabilität der Familien. Hier ist in den vergangenen vierzig Jahren eine Einbuße an seelischer Gesundheit entstanden,, die zu einem millionenfachen Potential von depressiven Charakterstrukturen geführt hat.

Die „Frühgeburt Mensch“ (Adolf Portmann) ist auf intensive, personale „natürliche“ Betreuung – besonders in den ersten Lebensjahren angewiesen, wenn er sich zu stabiler seelischer, intellektuell leistungsfähiger Gesundheit entfalten soll. Die neue Hirnforschung hat diese Erkenntnis der Kinderpsychologie nachhaltig untermauert. Die Familie mit einer Anzahl naher Angehöriger, die sich ihrer Verantwortung für das Kind bewusst sind, hat sich dadurch als unauflösbar erwiesen. Väter und Mütter sind nicht durch Institutionen, Organisationen, wie z. B. durch Kinderkrippen und Kindertagesstätten zu ersetzen.

Dem so entstandenen Familienschwund muss mit gewichtigen Maßnahmen entgegengewirkt werden, wenn der wirtschaftlichen Katastrophe und dem Niedergang des geistigen Niveaus Einhalt

geboten werden soll. Die vielfältigen Bemühungen um eine Vereinbarkeit und Erwerbstätigkeit von Müttern haben ihr Ziel, eine Vermehrung von stabilen Familien und einer zu durchhaltender Leistung fähigen jungen Generation, nicht erreicht. 20% der Hauptschulabgänger sind für einen Arbeitsplatz nicht vermittelbar!

Dies muss also angesichts unserer Lage deutlich werden: Nehmen wir die weltweite Erfahrung über das bessere Gedeihen der Kinder in der Familie als Unausweichlichkeit an – oder machen wir uns - unbelehrbar blind und ohne Hoffnung auf Zukunft - zu Anwärtern einer verstärkten Kollektiverziehung? Schaffen wir es, den falschen Ansatz zu erkennen und uns danach auszurichten oder beharren wir kurzfristig auf den zwar berechtigten aber bedenklichen Ansprüchen der vorrangig zum Beruf erzogenen modernen Frauen?

Eins ist gewiss: Eine Hinwendung der Mütter zum Familiendienst, so lange die Kinder klein sind, bzw. so lange ihre Kinder sie unabdingbar brauchen, lässt sich so ohne weiteres – ohne Veränderung der Einstellung und der Ausbildungssysteme - nicht erwarten und einfach fordern. Schließlich ist es ebenso berechtigt wie sinnvoll, dass Mütter auch jenseits der Kindererziehungsphase ihre Fähigkeiten und Kräfte einsetzen. Aber das muss einander nicht ausschließen, wie es heute leider häufig der Fall ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit geht auf Kosten der seelischen Gesundheit der Heranwachsenden und der Überlastung der Mütter in der zweifachen Aufgabenstellung, besonders wenn die unzureichend betreuten Kinder durch diesen Umstand schwer erziehbar werden.

Es bedarf deshalb vielmehr einer gekonnten Lösung. Zwei Gegebenheiten können dabei hilfreich sein:

Erstens: Junge Menschen haben mehrheitlich Sehnsucht nach der Gründung einer Familie und zweitens ebenso mehrheitlich sehnen sich sowohl die Mütter wie die Kleinkinder beieinander bleiben zu dürfen, wenn das nur ginge! Die Befragungen zweier Meinungsinstitute, Allensbach und Emnit im Frühjahr 2002 haben bewiesen, dass die Mehrheit junger Eltern ihre Kinder selbst erziehen möchte.

Wie eine weitere Studie des Meinungsforschungsinstituts Allensbach bereits im Jahre 2001 belegt, wünschen sich an die 90 % der jungen Menschen eine Familie. Das sind gewichtige Erhebungen für die Politik. In der Bevölkerung ist offensichtlich weder Instinkt noch der gesunde Menschenverstand mittlerweile völlig verlorengegangen. Andererseits fürchten die Frauen mit Recht als „Heimchen am Herd“ ins gesellschaftliche Abseits zu geraten. Zudem will die junge moderne Frau berechtigterweise gesellschaftlich anerkannt sein, und sie braucht einen Status finanzieller Unabhängigkeit.

Deshalb brauchen wir ein Konzept, das den unaufgebbaren Wert der Familie wieder zur Geltung bringt, ohne dass das für die Frau eine Sackgasse ist. Die Wahlfreiheit zur Ausbildung in den verschiedensten Berufen und zur Wiederaufnahme ihrer ursprünglichen Berufstätigkeit nach einer Familienphase, sowie spätere berufliche Weiterentwicklung müssen erhalten bleiben. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen sind hier unumgänglich.

Um die wesentlichen und berechtigten Bedürfnisse der modernen Frau zu erfüllen, möchte AUF die Eltern zumindest finanziell in die Lage versetzen, ihre Kinder selbst zu versorgen und zu erziehen. Erst wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind, ist eine echte Wahlfreiheit zwischen eigener Kindererziehung und Betreuung gegeben. Bei dieser Zielsetzung kommt AUF dem Betreuungsurteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 19.01.1999 nach. In diesem Urteil wurde festgestellt, dass der Aufwand der Kindererziehung und Betreuung gleich zu bewerten ist, unabhängig davon, ob die Eltern die Kinder selbst betreuen oder die Leistung durch Dritte erbracht wird. Der Gesetzgeber wurde aufgefordert, die Bedingungen so zu gestalten, dass beide Erziehungs- bzw. Betreuungsmodelle die gleichen Chancen erhalten.

Im Kern wird dieser Anspruch durch ein sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt hergestellt. Damit wird die Anerkennung der Erziehungsleistung gefördert, und in diesem Zusammenhang erwartet AUF auch die Anerkennung des Berufs "Mutter" bzw. "Vater". Der Anspruch auf Erziehungsgehalt ist an der Teilnahme an einer fortlaufende Schulung bzw. Fortbildung gekoppelt.

In der Höhe orientiert sich das Erziehungsgehalt am durchschnittlichen Bruttogehalt von Arbeitnehmern/innen. Es unterliegt den Sozialabgaben und Steuern. So kann auch während der Erziehungszeit eine Rente aufgebaut werden und der Krankheitsfall ist abgesichert. Diese Politik steht auch für die soziale Absicherung von allein erziehenden Eltern und deren Kinder. Auch an dieser Stelle zeigt die Einführung des Erziehungsgehaltes große Wirkung, da derzeit ca. 350.000 Alleinerziehende und deren Kinder von "HARTZ IV" leben.

Mit diesen Maßnahmen wird ein entscheidender Beitrag geleistet, dass wieder mehr Menschen ein Ja zu Kindern finden.

Erziehung und Schule

AUF widerspricht der geplanten Ausweitung der Schulpflicht zur Ganztagschulpflicht. Im Falle der Ganztageschule sind die Kinder die überwiegende Zeit der Obhut der Schule überlassen. So ist der Zeitanteil des Erziehungseinflusses von Schule und Staat größer als der der eigenen Familie. Gerade in den unterrichtsfreien Zeiten sind die Schüler den Gefahren ausgesetzt, die durch den Wegfall der Pausenaufsicht verstärkt werden (Gruppenzwänge, Zugang zum Internet ohne Kontrolle, Verbreitung von Drogen, Gewalt, usw.).

Ehe und Familie

Basis der Familienpolitik ist die Vorrangstellung der Familie vor dem Staat und seinen Einrichtungen. Ehe und Familie waren und sind die Keimzellen des Staates und deshalb konsequent nach Art. 6 Abs. 1 unseres Grundgesetzes unter den besonderen Schutz des Staates gestellt.

AUF wendet sich daher gegen weitere rechtliche Angleichung der eingetragenen Lebenspartnerschaften und die damit einhergehende Aufweichung des grundgesetzlich garantierten Schutzes von Ehe und Familie, insbesondere Ablehnung eines Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Lebenspartner.

Ebenso wendet sich AUF gegen Vereinfachung (und damit die Verharmlosung) von Scheidungsverfahren.

3. Grundpositionen zu Politikfeldern

3.1. Gesellschafts- und Sozialpolitik

Soziales

AUF vertritt eine Sozialpolitik, in der sich die Bürger frei entfalten und ihre Aufgaben finden können. Die sozialpolitischen Aufgaben und Probleme können nur in einer Solidargemeinschaft gelöst

werden. Um hier einer Vergesellschaftung des Menschen entgegen zu wirken, kann dies nur unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips erfolgen. Der Sozialstaat hat hierbei die Pflicht, die eigenständige und selbstverantwortliche Lebensführung der Bürger zu unterstützen und die soziale Gerechtigkeit für alle zu verwirklichen. Dies bedeutet jedoch, dass staatliche Unterstützung grundsätzlich nur Hilfe zur Selbsthilfe sein kann.

AUF vertritt die Ansicht, dass staatliche Unterstützung in Verbindung mit einem Kombilohn-Modell der besseren Unterstützung dient. Die Familie ist die Kernzelle von Staat und Gesellschaft. Deshalb stellt die Förderung der Familie, auch der Alleinerziehenden, die wirksamste Form aller Sozialpolitik dar. Die Familie erbringt unersetzbare Sozialleistungen für die Gesellschaft und schafft hierdurch die Grundlage für die besten Lebensbedingungen des Einzelnen.

Senioren

Senioren sind ein innerer Reichtum und ein Segen für jede Nation. Wissen, Besonnenheit, Erfahrung und Lebensweisheit von Senioren müssen mit der Innovationskraft der Jugend verbunden werden. So bleibt ein starkes Miteinander erhalten und ein gegenseitiges Gebrauchtwerden, was auch den älteren Mitbürgern das Leben im Ruhestand und das Teilhaben an den Entwicklungen innerhalb der Gesellschaft wertvoll macht. Bewährte gesellschaftliche Grundordnungen bleiben auf diese Weise erhalten. AUF fördert Maßnahmen, durch die Senioren und Jugendliche zusammen wirken können, z.B. in Wirtschaft, Forschung, Freizeit, Kunst und Kultur. Vorrangige Verantwortung für AUF hat die Altersversorgung der Senioren, die unser Land aufgebaut haben. AUF sieht Korrekturbedarf in der aktuellen Rentenpolitik. Die Zukunft unserer heutigen Senioren ist so zu sichern und für die künftigen Generationen zu gestalten, dass trotz der aktuell ungünstigen demographischen Entwicklung eine ausreichende Versorgung im Alter gewährleistet ist.

Ältere Menschen sollten so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben dürfen. Deswegen unterstützt AUF Modelle, bei denen ältere Menschen im Rahmen der Familie versorgt werden können. Hierzu sind die Rahmenbedingungen für die Familien so zu gestalten, dass auch auf Hilfe von außen zurückgegriffen werden kann.

Frauen

Daß die unterschiedlichen Begabungen der Menschen den gleichen Wert haben und die gleiche Anerkennung verdienen, betrifft in maßgeblicher Weise die jeweiligen Besonderheiten von Mann und Frau. Der Respekt vor der natürlichen Unterschiedlichkeit von Mann und Frau ist eine wertvolle und unaufhebbare Bedingung für ein gelingendes, menschlich adäquates Gemeinwesen..

Wir wollen Frauen unterstützen, ihr Frausein zu entdecken und zu leben, im Einklang mit ihren Gaben und Interessen. Wir wollen politische Rahmenbedingungen schaffen, damit Frauen ihre Berufung erkennen und entfalten können.

Bei gleichen Voraussetzungen müssen Frauen gleich behandelt werden wie Männer. Das gilt für jede Art von Arbeit. Insbesondere fordern wir, dass Familienarbeit der Anstellung einer Erzieherin gleich gestellt wird und durch ein angemessenes Gehalt entlohnt wird. Sofern Familienarbeit Pflegedienste umfasst, sollte auch diese Arbeit wie die Arbeit von Pflegedienstkräften vergütet werden.

Damit wollen wir dem einsetzenden Trend zur Vereinsamung in unserer Gesellschaft entgegen wirken, den Aufbau von Familienstrukturen unterstützen und Vernetzung fördern.

Kinder und Jugend

Kinder sind unser höchstes Gut. AUF tritt für ein seelisch gesundes Aufwachsen der Kinder ein. Wir setzen dabei auf die im Grundgesetz verankerte Priorität der Eltern bei deren Erziehung. Entsprechend neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen werden wir einen besonderen Wert darauf legen, dass es Kleinkindern gewährleistet wird, zunächst in der unmittelbaren Nähe ihrer Mütter und in dem an sie gebundenen Schutz zu bleiben. AUF plädiert für das ungestörte Aufwachsen der Kinder möglichst in Familien.

Zur Vorbereitung der Leistungsfähigkeit von Kindern soll den Müttern als dem wichtigsten Stand der Gesellschaft mehr Anerkennung und Gerechtigkeit zuteil werden. AUF hat deshalb das Ziel, die Resolution „Mutter als Beruf“ zu verwirklichen. Eine Ausbildung während ihrer Schwangerschaft, ein gestaffeltes Gehalt – abhängig von der Zahl der Kinder und ein eigenständiger Rentenanspruch sind vorgesehen, damit auf diese Weise in der Vorschulzeit eine ungestörte Nähe zwischen Kindern und Eltern gewährleistet ist.

Ein Maßnahmenkatalog soll die Realisierung dieser Priorität umsetzen. Dazu gehört der Versuch, Müttern durch vom Staat honorierten Familienhelferinnen vor Überbürdung bei der Betreuung kleiner Kinder zu bewahren. Die Festigung der Erstbindung des Kindes an die Mutter soll durch Information und weitere Hilfsangebote unterstützt werden.

AUF appelliert an die Väter, sich aktiv am Kontakt besonders mit ihren jugendlichen Kindern zu beteiligen, um ihnen in diesem Alter durch ihr Vorbild und durch den Zusammenhalt mit ihnen Orientierungshilfe zu vermitteln. Die Jugendzeit ist eine der spannendsten und prägendsten Abschnitte im Leben eines Menschen. Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit werden in der heutigen Gesellschaft schnell von Jugendlichen gefordert. Oft bleibt wenig Zeit, eigene Vorstellungen zu entwickeln, Erwartungen auszusprechen und über Traditionen nachzudenken und diese ggf. in seine eigene Vorstellung mit einzubeziehen. AUF fördert die bundesweite Einführung eines Jugendparlamentes auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene.

AUF plädiert für eine strengere Medienkontrolle in Film, Musik und Computer, um ein gewalt- und obszönitätsbehaftetes Assoziationspotential bei Teenagern abzumildern. Dazu gehören auch Verbote von jugendgefährlichen Medien und Institutionen, die der Verführung zu Süchten und kriminellen Handlungen Vorschub leisten. Weiter sieht AUF im Bereich der Suchtprävention verstärkten Handlungsbedarf. AUF fördert den Schutz der gesamten Bevölkerung und vor allem der Jugend vor Rauschgift- und Rauschmittelmisbrauch. AUF möchte jedem therapiewilligen Jugendlichen umgehend einen geeigneten Therapieplatz anbieten. Auch legale Rausch- und Suchtmittel sind durch unterschiedliche Präventiv-Maßnahmen (bspw. höhere Besteuerung) aus dem Blickfeld von Jugendlichen zu ziehen.

AUF setzt sich ein für ein umfängliches Programm zur stärkeren Gewinnung der Jugendlichen für Gemeinschaften und Vereine, damit ihrer konstruktiven, arbeitsfähigen Mitgliedschaft in der Gesellschaft Raum gegeben wird.

Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen sind ein vollwertiger Teil der Gesellschaft mit denselben Rechten und Pflichten wie andere Bürger. Sie werden oft nur abgeschoben und totgeschwiegen, und ihre Interessen zählen nur wenig. Vor allem aber werden ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse oft nicht

ernst- oder wahrgenommen. Unser Ziel ist, dass Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können und möglichst selbstständig und selbstbestimmend leben. Dazu gehört u.a. das betreute und integrierte Wohnen, das voneinander Lernen behinderter und nichtbehinderter Kinder in der Schule, sowie die Schaffung gemeinsamer Arbeitsplätze von behinderten und nichtbehinderten Menschen.

Lebensschutz

Leben zu schützen ist für AUF oberstes politisches Ziel. Nach Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes gilt: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Pflicht aller staatlichen Gewalt." Lebensschutz ist für AUF nicht teilbar. Das Leben beginnt mit der Empfängnis, und endet mit dem vollständigen Tod. AUF tritt dafür ein, das Leben jedes Menschen in jeder Phase zu schützen.

Das Bundesverfassungsgericht hat Mindestforderungen für den Lebensschutz festgelegt, wonach Abtreibungen grundsätzlich rechtswidrig, aber bei medizinischer und kriminologischer Indikation straffrei sind. Diese Straffreiheit ist die wesentliche Ursache dafür, dass Abtreibungen weitgehend gesellschaftlich toleriert werden, selbst bei Spätabtreibungen. AUF fordert daher, die Straffreiheit nur bei einer Gefahr für das Leben der Mutter zuzulassen. Die Strafandrohung gilt dabei den die Abtreibung ausführenden Personen sowie Dritten incl. des Vaters, die der Schwangeren ggf. den nötigen Beistand versagt oder sie zur Abtreibung gedrängt haben. Sie gilt nicht der Schwangeren selbst, wenn sie die Pflichtberatung wahrgenommen hat. Ziel der Pflichtberatung muß immer sein, Mütter in Notlagen nachhaltig zu unterstützen, so dass Kinder nicht abgetrieben werden. Weiterhin ist der Staat verpflichtet, den realen Lebensbedingungen entgegenzuwirken, die zu Schwangerschaftskonflikten führen: Ausbildungsnachteile, Wohnungsnot, Mietvertragskündigung, materielle Not. Die Politik muß allgemein eine Vermeidung von Konfliktsituationen für schwangere Frauen zum Ziel haben.

Die Würde und das Lebensrecht von kranken, alten sowie Menschen mit Behinderung darf unter keinen Umständen angetastet werden. AUF lehnt aktive Sterbehilfe ab, jegliche Maßnahmen der Euthanasie sind zu bekämpfen und zu verbieten. Wir wollen den natürlichen Sterbeprozess weder beschleunigt noch im Grenzbereich heutiger medizinischer Möglichkeiten hinausgezögert sehen. AUF sieht den Gesetzgeber in der Pflicht, ein Sterben in Würde und Schmerzfreiheit zu gewährleisten. Im Bereich der Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht ist Rechtssicherheit zu schaffen.

AUF will das menschliche Leben umfassend geschützt sehen. Dies betrifft das physische Leben genauso wie die Psyche. Menschen in unserer Gesellschaft sind zu stark Darstellungen von Tod, Sexualität, Horror und Gewalt ausgesetzt. Wir wollen in der Werbung, den Massenkommunikationsmitteln, in Filmen, Spielen und im Internet die Menge, den Zugang und die Intensität stärker einschränken. Minderjährige sind besonders zu schützen. Die Einhaltung der Standards bei Herstellung und Verbreitung solcher Inhalte muß mit wirksamen Sanktionen und Kontrollen sichergestellt werden. Wir wollen die „Kultur des Todes“, die sich in unserer Gesellschaft weit verbreitet hat, in eine Kultur des Lebens verändern, indem aufbauende, das Leben fördernde und bejahende Inhalte im gesellschaftlichen Bewußtsein höher bewertet, erwünscht und eingefordert werden.

3.2. Bildung und Forschung

Bildung

Jedes Kind hat mit seiner Fülle an individuellen Begabungen ein Recht auf Entfaltung. Die Bildungspolitik von AUF wird die Prämisse in ihren Mittelpunkt stellen, dass der junge Mensch verschiedene Entwicklungsstadien durchläuft und auch unterschiedliche Begabungen und Möglichkeiten mitbringt. Eine echte Lebens- Schule muss dieser Individualität gerecht werden. . Dabei geht es nicht nur um Wissen und Können, sondern auch um Charakter- und Herzensbildung. AUF strebt an, den Heranwachsenden eine erfolgreiche, realistische (von Ideologien gesäuberte) Bildung und eine Erziehung zu christlichen und demokratischen Werten zu vermitteln. Dazu gehört vor allem eine Erziehung zu Nächstenliebe, zur Mitverantwortung für die Gesellschaft, Leistungsbereitschaft und ein verantwortlicher Umgang mit der Umwelt. Das Ziel muss eine angstfreie, mündige und mitfühlende Persönlichkeit sein.

Schon die vorschulischen Jahre haben insbesondere für die Charakter- und Herzensbildung existenzielle Bedeutung. Wir wollen darauf hinwirken, dass hierauf im Elternhaus und auch im Kindergarten die größtmögliche Aufmerksamkeit gerichtet wird. Wertevermittlung bleibt aber auch während der gesamten Schulzeit eine zentrale Aufgabe.

Speziell die Grundschule hat noch entscheidende Bedeutung für die Identitätsfindung des Kindes sowie für ein gelingendes Hineinwachsen des Einzelnen in die Gesellschaft. Ihre Aufgabe geht deutlich über die reine Wissensvermittlung hinaus. Gleichzeitig wollen wir, dass die elementaren Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) wieder mehr gefördert werden, ebenso wie kreative Fächer, Sport und der rücksichtsvolle Umgang miteinander. Wir begrüßen, wo irgend möglich, den Erhalt von kleinen (Land-) Schulen.

Nicht erst die Ergebnisse der PISA-Studie legen es nahe, unser Bildungssystem von Grund auf zu überdenken. Erfahrungen und wissenschaftliche Studien aus einzelnen Bundesländern und vor allem dem Ausland liefern hierfür entscheidende Ansatzpunkte.

AUF befürwortet aus pädagogischen, gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gründen die schrittweise Einführung des eingliedrigen Schulwesens und das Auslaufen der dreigliedrigen Alternativen. Die bisherige Gleichzeitigkeit der Systeme hat die im Ausland zu beobachtende Überlegenheit der Eingliedrigkeit in Deutschland bisher verhindert.

Wir wollen die Eigenverantwortung der jeweiligen Schule, gerade auch die finanzielle und personelle, noch stärker voranbringen. Als hilfreiches Instrument für Profilierung und Qualitätssteigerung der Schulen durch moderaten Wettbewerb sehen wir die mittelfristige Einführung von „Schulschecks“ für jedes Kind an.

AUF setzt sich für die verpflichtende Einführung moderner Schuluniformen ein, um so wirksamer der Diskriminierung sozialschwacher Schülerinnen und Schüler und einem ausufernden Marken-Wettlauf zu begegnen.

In der Lehrerbildung soll die Pädagogik einen noch größeren Stellenwert erhalten, um so den Herausforderungen einer Gesellschaft im Kultur- und Wertewandel besser begegnen zu können.

AUF tritt für eine finanzielle Gleichstellung von Privatschulen und Privatschul-Initiativen ein, um staatliche Schulen zu entlasten und Eltern echte Wahlfreiheit zu gewähren.

Wir treten dafür ein, dass es wie überall in Europa straffrei möglich ist, Kinder zu Hause zu unterrichten (Homeschooling). Wie in anderen Ländern auch wird sich ein differenziertes Homeschooling-Wesen entwickeln, mit guten Angeboten an Unterrichtsmaterial und Fortbildungsmöglichkeiten für Zuhause unterrichtende Eltern.

Wir wollen einheitliche Lehrpläne sowie Schul- und Leistungsstandards schaffen, um vergleichbare Abschlüsse und Qualitätsmerkmale zu erreichen. . Das Maß aller Dinge ist für uns dabei allerdings nicht die reine Wissensmaximierung, sondern dass jede Schülerin und jeder Schüler seinen Begabungen entsprechend herausgefordert und motiviert wird, das je Beste aus sich zu machen.

Die Hochschulausbildung soll aus Wettbewerbsgründen dezentral und damit Ländersache bleiben. Auch für die Hochschulen streben wir ein noch höheres Maß an Eigenverantwortung und Unabhängigkeit an.

Forschung

Innovationen sind lebenswichtig für unseren Staat und für unsere Wirtschaft. Der Staat muß durch eine strategisch priorisierte Forschungsförderung die technologische Führungsposition unserer Wirtschaft nachhaltig stärken. Grundlagenforschung muss dabei in erheblichem Maß durch staatliche Förderung getragen werden. Im Bereich vorwettbewerblicher Forschung kann der Staat einen Teil der Forschungsaufwendungen übernehmen. Der überwiegende Teil sollte jedoch von kooperierenden Firmen und Forschungseinrichtungen getragen werden. Inhabergeführte, kleine und mittelständische Unternehmen will AUF bei der Forschung überproportional fördern, weil diese Unternehmen nachweislich überproportional viele Arbeitsplätze schaffen und den Transfer von Forschungsergebnissen besonders effizient und effektiv bewerkstelligen.

Forschung muss grundsätzlich an ethische Grenzen gebunden bleiben.

Im Bereich der Gentechnik lehnen wir die Forschung an „embryonalen“ Zellen, für die menschliche und tierische Embryonen (ab dem Zeitpunkt der Befruchtung) getötet werden müssen, sowie jede Form des Klonens von Lebewesen aus ethischen Gründen ab. Wir sind der Überzeugung, dass die Achtung der von Gott gesetzten Grenzen zu besseren Ergebnissen führt. Durch staatliche Förderung der Forschung an „adulten“ Zellen, also Zellen aus lebenden Körpern, wollen wir auf diesem Weg eine weltweit führende Position in der Gentechnik erreichen. Alle physisch und psychisch quälerischen und leidvollen Experimente an und mit Tieren sind zu verbieten.

Die Erforschung regenerativer Energiequellen wollen wir mit hoher Priorität und schwerpunktmäßig unterstützen. Dies gilt z.B. für die Erforschung der Nutzung der geothermischen Energie für die Energieversorgung.

AUF befürwortet eine nationale Kraftanstrengung mit dem Ziel, innerhalb einer Generation, also bis etwa zum Jahr 2030 Deutschland zu eine Land zu machen, das vom Import von Energie und Energieträgern weitgehend unabhängig ist, also bzgl. Energie zu einem Selbstversorgerland wird. Diese Anstrengung wird unserer Wirtschaft im globalen Wettbewerb zusätzliche Chancen eröffnen.

Aktuell schrumpft unsere Bevölkerung und überaltert gleichzeitig. Wir wollen sozialpolitische Forschungen fördern mit dem Ziel, Erfolgsfaktoren, zukunftsweisende Modelle der Familienförderung und –gestaltung in allen Lebensphasen herauszuarbeiten und für die Anwendung zur Verfügung zu stellen. Gleiches gilt für die Hirnforschung und die Erziehungswissenschaften.

3.3. Gesundheit

Im Bereich der Gesundheitspolitik stellt sich AUF den besonderen Herausforderungen. Dabei ist es uns wichtig, dass moderne Medizin eine Versorgung auf dem neusten Stand für alle Bürger vom Kleinkind bis zum Senior als Grundversorgung zur Verfügung steht. Diese Versorgung soll von allen Bürgern gemeinsam solidarisch getragen werden.

Dies bedeutet, dass alle Erwerbstätigen unabhängig davon, ob sie Arbeitnehmer, Arbeitgeber (Selbständige), Freiberufler oder Beamte sind, Beiträge in die Gesetzliche Krankenversicherung entrichten. Für Menschen, die auf staatliche finanzielle Hilfe angewiesen sind, übernimmt der Staat diese Beiträge.

Der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass alle Versicherungsanbieter gleiche, festgelegte Leistungen als Grundversorgung anbieten. Der Staat überwacht die Einhaltung der Regeln und der Qualitätsstandards. Erbrachte Leistungen müssen offen gelegt werden. Leistungsanbieter (Ärzte, Kliniken, etc.) erstellen Rechnungen, die vom Leistungsempfänger (Patienten) quittiert werden. Erst danach bezahlt die Versicherung an den Leistungsanbieter.

AUF setzt sich dafür ein, dass jeder Anbieter, der die Leistungen in der vorgeschriebenen Qualität nachweislich erbringen kann, die Leistung anbieten darf. Dies soll den Wettbewerb unter medizinischen Versorgungseinrichtungen, Krankenhäusern und Ärzten fördern.

3.4. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ernährung und Landwirtschaft

Land- und Forstwirte bzw. bäuerliche Familienbetriebe müssen die Basis der Landwirtschaft bleiben. Die Betriebe müssen in die Lage versetzt werden auf gesunder Basis genügend Lebensmittel zu erzeugen, und sich durch ihre eigene Arbeit das notwendige Auskommen sichern zu können.

Die europäische Marktsicherungs- und Sanktionspolitik, wie sie seit Jahrzehnten betrieben wird, geht an den Bedürfnissen der Landwirte sowie der Verbraucher vorbei. Sie gehört grundsätzlich auf den Prüfstand. Die aufgeblähte Agrarverwaltung ist so zu vereinfachen, dass Landwirte in ihrer Arbeit unterstützt und nicht unnötig behindert und eingeschränkt werden.

Nahrungsmittel gehören zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Ihre nachhaltige Produktion und seriöse Distribution erhalten unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Wir begrüßen das zunehmende Interesse am ökologischen Landbau und dessen Erzeugnissen. Sowohl die Ressourcen schonende Anbauweise als auch der umfassende Qualitätsbegriff machen den weiteren Ausbau der Bio-Landwirtschaft wie auch eine Vereinfachung der bäuerlichen Direktvermarktung notwendig. Insbesondere in der Fleischerzeugung bestehen deutliche Qualitätsunterschiede gegenüber der industriellen Intensiv- und Massentierhaltung. Diese muß zusätzlich auch wegen der Art der Tierhaltung eingeschränkt werden.

AUF setzt sich für einen möglichst ungehinderten Welthandel und eine weitest gehende Gleichberechtigung der produzierenden Länder ein. Subventionen, Zollschränken und nicht tarifäre Maßnahmen wirken behindernd und sollten deshalb abgebaut werden. Durch die in jüngerer Zeit eingetretene nachhaltige Veränderung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage an den weltweiten Agrarmärkten, die zu deutlich steigenden Preisen vieler Agrargüter geführt hat, ist es

nicht weiter notwendig, den Staatshaushalt mit Agrarsubventionen, Stilllegungsprämien und Ähnlichem zu belasten.

Angesichts von weltweit knapper werdenden Nahrungsmitteln und dem langfristig weiter ansteigendem Bedarf wendet sich AUF gegen eine verbreitete Nutzung von Pflanzen zum Zwecke der Energiegewinnung, sofern dies durch die Umwidmung von Nutzflächen geschieht, die bisher für den Anbau von Nahrungsmitteln genutzt wurden. Eine Politik, die die Erzeugung von Biokraftstoffen zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion begünstigt, ist zu kurzfristig und daher nicht nachhaltig angelegt.

Verbraucherschutz

Wir verstehen unter Verbraucherschutz, dass jeder Bürger sich in der Lage befindet, alle Informationen bekommen zu können, die für eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung notwendig sind. Alle Konsumgüter müssen ehrlich und transparent angeboten werden; unlautere Werbung zielt ab auf eine Manipulierung der Bürger, was den Grundsätzen von AUF massiv widerspricht.

Durch sogenannte Billig- oder Wegwerfprodukte entsteht ein enormer privat- und volkswirtschaftlicher Schaden. Eine Aufklärung der Verbraucher diesbezüglich ist erforderlich, damit künftige Kaufentscheidungen ökonomisch sinnvoller getroffen werden können. Häufig werden innovative technische Erfindungen durch bestehende Lobbyinteressen bewusst unterdrückt oder nur sehr verzögert dem Markt zugänglich gemacht. Dieses Verhalten bremst den Fortschritt, stellt Partikularinteressen über das Gemeinwohl und betrügt letztlich die Menschheit – mit aller Anstrengung möchten wir dem entgegenwirken.

Das Kartellamt muss als eigenständige Institution gestärkt und mit allen Befugnissen ausgestattet werden, um die Bürger vor Preisabsprachen durch Unternehmen mit Monopol- oder Oligopolstellung zu schützen.

Immer wieder auftretende Lebensmittelskandale müssen schonungslos aufgedeckt werden. Wer mit der Gesundheit seiner Mitmenschen spielt, begeht kein Kavaliersdelikt und muss dafür persönlich haften. Damit diese und andere Arten egoistischen Gewinnstrebens aus unserer Gesellschaft verschwinden, brauchen wir in unserem Land ein neues Bewusstsein davon, dass Menschen keine „Verbrauchermasse“ sind, sondern würdevolle Individuen, von denen laut unserem Grundgesetz alle Macht im Staate auszugehen hat.

3.5 Innenpolitik

Die AUF-Partei steht für eine lebendige, echte Demokratie. Demokratie ist mehr als eine Regierungsform. Sie ermöglicht es allen Bürgern unseres Landes, sich an Meinungsbildungsprozessen zu beteiligen und bei der Gestaltung eines Gemeinwesens mitzuwirken. Eine enge Einbindung der Menschen in diesen Prozess hängt eng zusammen mit ihrer Möglichkeit und Bereitschaft, sich mit dem Staat und anderen politischen Institutionen zu identifizieren. Heute ist jedoch eine immer stärker werdende Politikverdrossenheit wahrzunehmen. Dies verstehen wir erstens als eine Folge davon, dass politische Entscheidungsprozesse undurchschaubar geworden sind. Zweitens verlieren Wahrhaftigkeit, die ethische Substanz politischer Entscheidungen und moralische Vorbildfunktion der Politiker immer mehr an Boden. Von einer undurchschaubaren und dem Bürger fremd gewordenen Politik ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zu einer Manipulation der schweigenden Mehrheit durch eine selbsternannte Elite. Einer solchen Entwicklung wird die AUF-Partei mit aller Entschiedenheit widerstehen und neue Lösungen

anbieten, um die Menschen wieder zu motivieren, sich aktiv in die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse einzubringen.

AUF möchte das Subsidiaritätsprinzip konsequenter als bisher üblich anwenden. Die Föderalismusreform ist auf halbem Wege stehen geblieben. Die Kommunen als die Instanzen, die den Menschen vor Ort am nächsten sind, müssen mehr Entscheidungskompetenzen erhalten. Viele Bürgerräte sind parteilich unabhängig und müssen bei Abstimmungen nicht auf Parteizwänge Rücksicht nehmen, die oft sachfremd sind. Viele Vereine und Verbände, Interessengemeinschaften und Bürgerinitiativen besitzen eine hohe Sachkompetenz und sollten bei Planungs- und Entscheidungsfragen stärker berücksichtigt werden. Volksabstimmungen lehnen wir dagegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab, weil eine zu große Gefahr für populistische und manipulative Beeinflussung durch mächtige Lobbyverbände gegeben ist.

Derzeit werden die Staatsfinanzen von oben nach unten verteilt. Es lohnt sich darüber nachzudenken, die Verteilungsrichtung teilweise umzukehren, damit das Geld zuerst dort ankommt, wo die Menschen leben. Höhere Staatsorgane haben eine dienende Funktion und dieses Bewußtsein gilt es an manchen Stellen, wieder neu zu schaffen. Auch Behörden und Ämter benötigen in vielen Fällen ein neues Selbstverständnis. Sie sind für die Menschen da sind und nicht umgekehrt. Auch hier ist der Bürger und zwar jeder Bürger König und hat im Mittelpunkt zu stehen. Der Bürger darf nicht mehr Bittsteller von Behörden und Ämtern sein.

Innere Sicherheit

Der Staat hat die vordringliche Aufgabe, seine Bürger vor Angriffen oder Schaden zu beschützen. Jedoch sind die individuellen Freiheitsrechte der Menschen eine so wichtige Errungenschaft, dass sie nicht gegen ein vermeintlich höheres Sicherheitsbestreben ausgespielt werden dürfen. Ein großer Feind von Freiheit und Demokratie sind unklare und irrationale Ängste. Absolute Sicherheit ist eine Illusion. Auch und gerade ein Überwachungsstaat wird eine absolute Sicherheit nicht garantieren, sondern ein solcher wird seine Position vielmehr zum Schaden der Bürger missbrauchen.

Wir nehmen die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus sehr ernst, wehren uns aber gegen das Schüren von Ängsten, um in der Bevölkerung die Akzeptanz für Gesetzesverschärfungen zu erhöhen. Anstatt Unsummen in Überwachungsprogramme zu stecken, plädiert AUF für eine Stärkung der Polizeiarbeit vor Ort durch deutliche Personalaufstockung und eine Verbesserung der Ausstattung. Es gibt eine Vielzahl von realen Gefahren für unsere Sicherheit und wir sollten diese nicht nach der Häufigkeit ihrer Medienpräsenz bewerten, sondern nüchtern den tatsächlich verursachten persönlichen und gesellschaftlichen Schaden analysieren und ebenso dessen Ursachen. Organisierte Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel, Korruption und Veruntreuung im weitesten Sinne fügen vielen Menschen direkten Schaden zu und belasten die Allgemeinheit. Hier sieht AUF einen großen Nachholbedarf bei der Bekämpfung und noch mehr bei der Prävention.

Menschen, die eine sinnvolle Aufgabe in ihrem Leben haben, die ihre Fähigkeiten zum Wohle anderer einsetzen und die sich geliebt und geborgen wissen, begehen weniger Straftaten als Menschen, die das nicht kennen. Gerade die Jugendlichen in unserem Land leiden häufig unter Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit und einem Gefühl der Ohnmacht. Die Kriminalitätsrate wird nicht allein durch Gesetze oder bestimmte Formen des Strafvollzugs gesenkt. Wesentlich ist eine Erziehung, bei der das Wohl des Kindes und des Jugendlichen im Mittelpunkt steht. Eine solche Erziehung ermutigt dann die nachfolgende Generation zur Übernahme von persönlicher und sozialer Verantwortung. Auch der Zuspruch Jugendlicher zu links- oder rechtsradikalen Organisationen würde sich dann allmählich verflüchtigen.

3.6. Finanzen und Steuern

Staatsfinanzen

Wir setzen uns für eine Rückkehr zu einer verantwortungsvollen, transparenten und nachhaltig tragfähigen Finanzpolitik ein. Wir wollen nachfolgenden Generationen keine weiteren Schulden aufbürden, sondern streben ausgeglichene Staatshaushalte an. Eine konsequente Haushaltsdisziplin auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene wird dazu führen, nicht nur ohne Neuverschuldung auszukommen, sondern auch zeitnah mit der Schuldenreduzierung zu beginnen und diese in verbindlichen Schritten fortzuführen.

Schuldenreduzierung von Unternehmen und Privatpersonen

Wir setzen uns für ein Anreizsystem ein, das den Schuldenabbau bei Unternehmen und Privatpersonen begünstigt. Die Abwicklung eines Insolvenzverfahrens soll vereinfacht und beschleunigt werden. Einen Eintritt des Staates für von Insolvenz oder Konkurs bedrohte private Unternehmen lehnen wir allerdings ab.

Geldsystem

Wir halten die Rückkehr zu einem soliden und ehrlichen Geld- und Währungssystem, das auf hinterlegten echten Werten (z. B. Edelmetallen und Rohstoffen) als Reserven beruht, für dringend erforderlich. Ein solches System, das Verantwortung fördert, Disziplin fordert und Fehlentwicklungen vorbeugt, wird im Kreditwesen und in der gesamten Finanzwirtschaft zu einer neuen finanziellen Stabilität führen und einer inflationären Entwicklung dauerhaft entgegenwirken.

Subventionsabbau

Ein Subventionsabbau auf allen Ebenen wird dazu beitragen, den Einfluss des Staates zurückzudrängen und die Eigenverantwortung des Einzelnen zu stärken.

Altersvorsorge

Wir sehen die private finanzielle Vorsorge für das Alter als unverzichtbare Komponente der Altersversorgung an. Eine für diesen Zweck geeignete Ersparnisbildung soll gezielt und wirksam gefördert werden.

Soziale Absicherung

Wir wollen die bisherigen Sozialleistungen zusammenfassen und das System der Sozialleistungen umbauen. Durch die Einführung eines bedingten Grundeinkommens wird jeder Bürger in unserem Land sozial abgesichert. Der Staat kommt dadurch seiner Verantwortung für seine Bürger nach. Darüber sind die Grundbedürfnisse jedes Bürgers abgesichert. Ergänzt wird dieses Modell des Grundeinkommens durch ein Kombilohnmodell, das einen dauerhaften Anreiz zum Arbeiten auch für Geringverdiener schafft. Zusätzliche Arbeit führt daher nicht zum Totalverlust von Sozialleistungen.

Steuersystem

Die Einführung eines einfachen Steuersystems gehört neben dem grundsätzlich geforderten Bürokratieabbau (Arbeitslosigkeit / Sozialhilfe / Staatliche Förderung usw.) zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und zu den wichtigsten Eckpfeilern.

Dieses einfache Steuersystem wird konkretisiert durch die Reduzierung der Steuerarten, Abschaffung von Steuersubventionen und Ausnahmetatbeständen. Eine pauschale Einkommensteuer für bestimmte Einkunftsarten wird abgelehnt.

Einkünfte, die das bedingte Grundeinkommen übersteigen, werden mit einem linearen Steuersatz versteuert.

Die Steuerhinterziehung soll als Straftatbestand mehr als bisher in das öffentliche Bewusstsein gerückt und so effektiv wie möglich verhindert werden.

Ein Familiensplitting in Verbindung mit Einführung eines Erziehungsgebietes ist zur Unterstützung von erziehenden Eltern vorgesehen. Dadurch wird die Erziehungsverantwortung der Eltern gestärkt

Das bewährte System der Erhebung von Kirchensteuern für Religionsgemeinschaften wird fortgeführt. Wir unterstützen die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung durch eine steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden an gemeinnützige, religiöse und mildtätige Organisationen.

3.7 Wirtschaft und Technologie

Unsere Wirtschaft wird zu einer weltweiten, ökologisch und sozial orientierten Marktwirtschaft weiterentwickelt werden. Bei Beachtung nur weniger Rahmenbedingungen, die für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft unerlässlich sind, kann das derzeit noch quantitative Wachstum der Weltwirtschaft in eine gezielte Richtung gelenkt werden: Wir wollen ein qualitatives Wachstum, das sich vor allem an folgenden Kriterien orientiert:

- in Entwicklungsländern gegen Hunger und Armut (siehe auch Abschnitt Entwicklungspolitik),
- in Industrieländern für mehr Arbeitsplätze
- ein neues Verständnis von sinnvoller Arbeit,
- weltweit eine Abkopplung vom Verbrauch natürlicher **nicht regenerativer** Ressourcen.

Grundwerte dieser neuen Marktwirtschaft sind Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft, Dezentralität und unternehmerische Kreativität. Daher soll Existenzgründung wieder attraktiver werden. Hierzu will AUF die soziale Absicherung in der Startphase stärken und die Finanzierungs- und Schulungsangebote verbessern.

Inhabergeführte kleine und mittelständische Unternehmen sollen gestärkt werden. Sie sind für eine funktionierende Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Familienunternehmen sind in Ihrer Existenz zu stärken und als wichtiges Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anzusehen. Dies geschieht z.B. durch eine Modernisierung und Anpassung des GmbH-Rechts, insbesondere Absenkung des Mindestkapitals, sowie die Sicherung und Förderung dieser Rechtsform in Hinblick auf vergleichbare ausländische Rechtsformen.

Ziel dieser neuen Marktwirtschaft ist eine andere Wirtschaftsweise, die entsprechend dem Prinzip der Nachhaltigkeit zu einer ökologischen Gleichgewichts- und Kreislaufwirtschaft führt, die sich in die Kreisläufe der Natur einfügt. Nur so kann die Ökonomie auf Dauer erhalten bleiben, denn sie ist abhängig von natürlichen Ressourcen.

Die ökologische Wende in Deutschland und in Europa wird neue Technologien hervorbringen und erfordern. Nur so kann z.B. der notwendige Umbau des Energiesektors erfolgen, konkret durch Aufbau einer krisensicheren dezentralen Energieversorgung auf der Grundlage erneuerbarer Energiequellen.

3.8 Verkehr, Bau, Stadtentwicklung

Verkehr

Mobilität ist einerseits Teil der Lebensqualität und zugleich auch Symptom staatlicher Misswirtschaft, Menschen- und Umweltverachtung. Alle Verkehrssysteme werden hoch subventioniert. Insbesondere der LKW-Verkehr (ein gefahrener km zerstört mehr Straßen als 400 000 PKW-km) und der von der Mineralölsteuer befreite Flugverkehr weiten sich drastisch aus bei ungebremsen Wachstumsprognosen für die Zukunft. Der Preis, den wir für die Verkehrslawine besonders im motorisierten Individualverkehr bezahlen, ist hoch: Jährlich tausende Unfalltote und hunderttausende Verletzte, Atemwegserkrankungen und Lärm vor allem in Städten und Ballungsräumen.

Die Wirtschaft der Zukunft wird trotz Globalisierung geprägt sein von dezentralen Märkten sowie Wohn- und Arbeitsstätten in örtlicher Nähe zueinander. So wird mittel- und langfristig das Verkehrsaufkommen insgesamt drastisch zurückgehen, weil die Knappheit der natürlichen Ressourcen die Energie verteuert.

Diese Verteuierung der Energie bietet Chancen zu einer besseren Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs. Im Bereich des Güterverkehrs muß es eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene und Wasserwege geben.

Bauwesen

Bauen ist Teil des menschlichen Gestaltens. Die Bereitstellung von Wohnraum, öffentlicher Einrichtungen und die Errichtung von Gewerbe- und Industrieanlagen sind für die Entwicklung in Deutschland existentiell.

Neubauten sollen dabei bereits in der Bauleitplanung weitestgehend als Ökosiedlungen konzipiert werden. Dazu gehören Niedrigenergiehäuser, gesunde Baustoffe und zusammenhängende Grünzonen.

Noch immer wohnen die meisten Deutschen zur Miete. Bei der Eigentumsquote im europäischen Vergleich liegt Deutschland immer noch bei den Schlusslichtern. AUF fordert staatliche Programme, die besonders Familien helfen, Eigentum zu bilden..

Stadtentwicklung und Raumordnung

Langfristig müssen Wohn- Arbeits- und Erholungsräume im Rahmen von Entwicklungsplänen enger zusammengebracht und miteinander verzahnt werden, so daß weniger Verkehr, Energieverbrauch und Umweltverschmutzung entsteht. Die Überzentralisierung der Großstädte hat zu einer übermäßigen Zunahme der Verkehrsdichte geführt, und die Lebensqualität der Stadtbewohner erheblich gesenkt. Die Verstädterungsprozesse führen zu einer weiteren Zersiedelung der an die Städte angrenzenden Räume. Andererseits verlieren die ländlichen Räume immer mehr an Bedeutung . Dem ist am schnellsten entgegenzuwirken, wenn wieder mehr Infrastruktur sowie Verwaltungseinrichtungen dem ländlichen Raum zugeführt werden. Die Dezentralisierung von bisher in Städten errichteten Strukturen wird den ländlichen Raum mittel- und langfristig wieder stärken.

3.9 Justiz

AUF tritt für einen funktionsfähigen Rechtsstaat als Grundlage für Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit ein. Justiz und Rechtspflege müssen als Grundlage für den Schutz der Menschenrechte und als Vorbedingung für wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand unabhängig bleiben. Ein handlungsfähiger Staat setzt eine weitgehende Souveränität voraus. Die in den letzten Jahren verstärkte zu beobachtende sukzessive Verlagerung der Gesetzgebung, Rechtssprechung und Strafverfolgung von der nationalen auf die europäische Ebene wirkt dem nachhaltig entgegen. AUF setzt sich für die strikte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und für eine Rückbesinnung auf unsere nationale Souveränität ein.

AUF lehnt jede Form der Europapolitik ab, die von eigennützigen nationalstaatlichen und industriepolitischen Interessen missbräuchlich bestimmt wird.

AUF setzt sich für einen weitgehenden Datenschutz und entschieden gegen jede Form des Überwachungsstaats ein. Die Markierung von Menschen mit elektronischen Chips (insbesondere RFID-Chips) lehnen wir konsequent ab. Auch die Markierung von z. B. Banknoten, Kreditkarten u. ä. mit solchen Chips, die zu Überwachungszwecken missbraucht werden können, schränkt die persönliche Freiheit unangemessen ein.

Gesetze, die bereits zur Einschränkung der persönlichen Freiheit und der Selbstbestimmung des Menschen geführt haben, sind aufzuheben oder in angemessener Weise zu ändern. Dies gilt u. a. für die Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, die über die Vorgaben der Europäischen Kommission hinausgehen.

Wir erkennen, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine deutlich zu hohe Dichte an Gesetzen, Regelungen und Verordnungen hat. Dies beeinflusst die Handlungsfreiheit und Beweglichkeit, die Effizienz und Effektivität von Behörden, Unternehmen und Haushalten negativ und lädt auf Grund nicht mehr beherrschbarer Informationsumfangs (insbesondere im Steuerrecht) zu Willkürakten ein. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft im globalen Kontext ist durch die zunehmende Bürokratisierung bereits empfindlich eingeschränkt worden. AUF setzt sich daher für eine deutliche Reduzierung des Umfangs an Gesetzen, Regelungen und Verordnungen ein. Dies wird es uns erlauben, unser Leben einfacher, sicherer, angenehmer und effizienter zu gestalten.

AUF spricht sich für eine konsequente Strafverfolgung und zeitnahe Verurteilung von Tätern aus. Die Dauer von Strafverfahren wie auch Zivilprozessen muss verkürzt werden; Mittelkürzungen und Stellenabbau im Justizbereich wirken hier kontraproduktiv.

3.10 Verteidigung

Wir befürworten die Konzentration der Bundeswehr auf die Verteidigung des Bundesgebietes und ihren Beitrag zum Schutz der europäischen Außengrenzen. Wir halten deshalb ein Territorialheer und die Präsenz in der Fläche für erforderlich. Wir plädieren für die Beibehaltung einer ggf. verkürzten, allgemeinen Wehrpflicht. Gleichzeitig befürworten wir angesichts wachsender Komplexität und Spezialisierung von Waffensystemen, dass wesentliche Teile der Kernfähigkeiten der Bundeswehr von Berufssoldatinnen und –soldaten wahrgenommen werden. Die Bundeswehr soll integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft bleiben und mit modernsten Führungs- und Management-Methoden ein attraktiver Arbeitgeber für alle Schichten der Bevölkerung sein.

Das Grundgesetz beschreibt den Defensivcharakter der Bundeswehr und schließt die Vorbereitung eines Angriffskrieges ausdrücklich aus. Wir lehnen militärische Auslandseinsätze und jede Form von Präventivkriegführung ab. Wir halten die schrittweise Veränderung der Sicherheitspolitik in den letzten Jahren für den falschen Weg. Dies bedeutet nicht weniger als eine grundlegende Änderung der gegenwärtigen Sicherheitspolitik, die unter der Prämisse, die Handelswege und die Rohstoffversorgung unseres Volkes und der Wirtschaft weltweit sicherstellen zu müssen, Begründungen für den Einsatz der Bundeswehr in vielen Bereichen der Welt ermöglicht. Diese Entwicklung wollen wir rückgängig machen.

Wir befürworten die Integration der Bundeswehr in die Verteidigungsstrukturen der EU und der NATO solange diese ausschließlich Defensivcharakter haben. Die Entwicklung und der Bau von Waffensystemen soll auf den Bedarf der Bundeswehr und der Bündnispartner beschränkt sein. Wir lehnen Waffenexporte an andere Staaten ab. Werden Waffensysteme gemeinsam entwickelt und gebaut, sollen die Wertschöpfung der an dem Projekt beteiligten Firmen in Deutschland dem deutschen Anteil am Volumen des Kooperationsprojektes entsprechen.

3.11 Europa

AUF bekennt sich zur Europäischen Union als einer demokratischen Gemeinschaft freier und souveräner Staaten, die frühere Feindschaften zwischen heutigen Mitgliedsstaaten überwunden hat. Befreundete Nationen ohne innere Grenzen stehen auf allen Gebieten in einem regen Austausch, von dem alle in gleicher Weise profitieren können. Eine echte Solidarität unter den Staaten ohne die latenten Machtbestrebungen einzelner würde die Menschen auch emotional mehr miteinander verbinden und könnte Synergieeffekte freisetzen, die unseren Kontinent entgegen aller Prognosen im weltweiten Wettbewerb für die Zukunft wieder stärken könnte. Unter der Prämisse einer solchen auch real erlebbaren Demokratie ist in dieser Staatengemeinschaft ohne Frage Platz für weitere Länder. Die Türkei kann jedoch aufgrund ihrer sich von Europa stark unterscheidenden kulturellen Traditionen und historischen Erfahrungen kein vollwertiges Mitglied werden.

Die gegenwärtige EU hat sich zu einem unüberschaubaren und sehr teuren Macht- und Verwaltungsapparat entwickelt. Ihre bürgerferne Gesetzgebung, ihr Zentralismus und alle Gleichmachungsbestrebungen sind der eigenen Bürokratie mehr verpflichtet als den Menschen. Für AUF müssen die Einzelstaaten in Zukunft wieder mehr nationale Besonderheiten bewahren dürfen, dem allmählichen Außerkraftsetzen der Souveränität der Einzelstaaten durch europäische Institutionen ist entgegenzuwirken. Die Pläne für einen europäischen Einheitsstaat bleiben ohne gemeinsame kulturelle Basis jedoch nichts als Utopie; ein solches Gebilde hätte für die Mehrheit der Bürger kein Integrationspotenzial. Keinesfalls darf das Wettbewerbs- und Wirtschaftsprinzip ein ethisches Fundament Europas sein.

Die europäischen Grundwerte bis hin zum modernen Sozialstaat leiten sich ab von den jüdisch-christlichen Überlieferungen der Bibel sowie aus dem daraus abgeleiteten Menschenbild. Die Preisgabe des Gottesbezuges in der EU-Verfassung missachtet jegliche Tradition und ist ein falsches Signal auf dem Weg zu mehr Integration, gerade auch von islamischen Mitbürgern. Daher ist für AUF eine Volksabstimmung in allen Mitgliedsstaaten über eine künftige EU-Verfassung unabdingbar.

3.12 Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

In der Entwicklungszusammenarbeit mit Partnerländern in Osteuropa, Afrika, Lateinamerika, Asien und Ozeanien sollte sich Deutschland auf diejenigen Kernbereiche konzentrieren, wo sich die betreffenden Länder selbst unter den größten Anstrengungen und bei optimalem Verlauf (noch) nicht selbst helfen können bzw. wo diese Prozesse viel zu lange dauern würden. Zu diesen Kernbereichen gehören u. a. der Bildungssektor, das Gesundheitswesen, der Aufbau guter Regierungs- und Verwaltungsstrukturen, die Effektivitäts- und Effizienzsteigerung in der Landwirtschaft und die Einführung von Versorgungssystemen für Strom, Wasser und Kanalisation. Bei der Verwirklichung von kommerziell lohnenden Infrastrukturprojekten (z. B. Bau von Kraftwerken) kann und sollte hingegen bevorzugt die private Wirtschaft die Entwicklungsmaßnahmen tragen. Öffentliche Mittel sollten sich hier möglichst auf die Absicherung politischer Risiken beschränken, etwa in Form von Garantiezusagen.

In vielen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit werden nur Symptome behandelt, die Ursachen von Missständen jedoch nicht beseitigt. Oft werden Fehlentwicklungen durch die Leistung von Entwicklungshilfe – häufig ungewollt – sogar verstetigt. Insbesondere die rein finanzielle Entwicklungshilfe ist in der derzeitigen Form im Bereich der Wirtschaft eher schädlich als nützlich, weil sie zu einer Verstetigung korrupter Strukturen beiträgt.

Insgesamt sollte die Entwicklungspolitik der AUF-Partei dazu beitragen, die wirtschaftliche Abhängigkeit der Partnerländer von den Industrienationen zu reduzieren und sie in die Lage zu versetzen, ihren eigenen Platz in der globalisierten Welt einzunehmen.

3.13 Außenpolitik

Deutschland versteht sich als verantwortungsvolles Mitglied der Völkergemeinschaft. Wir befürworten gerechte Handelspolitik und freien Austausch von Waren und Dienstleistungen. Wir treten für die Achtung der Menschenrechte in allen Staaten der Welt ein und fördern Entwicklungen zu freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnungen. Wir wollen dezentrale Strukturen und Netzwerke in den internationalen Beziehungen fördern und so der Bildung von Machtkonzentrationen und Blockbildung entgegenwirken.

Deutschland lebt in Wohlstand und hat weltweit führendes Knowhow in vielen Bereichen von Wissenschaft und Wirtschaft. Wir wollen Deutschland zu einer Politik motivieren, die anderen Völkern dient, ohne eine Gegenleistung zu erwarten. Darin sehen wir die Umsetzung eines biblischen Prinzips. Wir erwarten, dass dies positiv zum Wohlergehen der Menschen in Deutschland beitragen wird und dem ganzen Staatswesen gut tut. Wirkliche Zufriedenheit, Erfüllung und Glück entsteht dann, wenn Menschen ihren Egoismus überwinden. Das gilt auch für Nationen.

Friedenspolitik

Die Aufgabe der deutschen Außenpolitik sehen wir darin, andere Völker und Staaten mit einer freiheitlichen, demokratischen Ordnung zu unterstützen.

Die deutsche Geschichte verpflichtet dazu, im Verbund mit anderen Staaten, zu einer aktiven Friedenspolitik beizutragen.

Die Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten sollen getragen sein von einer Haltung des gegenseitigen Respekts. Zu einer sinnvollen Außenpolitik gehört auch die Wahrung eigener nationaler Interessen. Eine Zahlmeisterfunktion lehnen wir ab.

Israel und Naher Osten

Die UN haben Israel 1947 ein Existenzrecht in definierten Grenzen zugesichert. AUF fordert alle Staaten der Welt und insbesondere die Konfliktparteien im Nahen Osten dazu auf, dieses Existenzrecht anzuerkennen.

Deutschland steht gegenüber Israel in einer besonderen Verantwortung, weshalb die gegenseitigen Beziehungen auf der Basis von Freundschaft zu gestalten sind. Wir sehen als eine Form der Wiedergutmachung des Holocaust, das jüdische Volk zu unterstützen und die Heimkehr von Juden in ihr Land sowie den Aufbau des Staates Israel zu fördern.

Dies bedeutet keine kritiklose und grundsätzliche Unterstützung der israelischen Politik, vor allem, wenn sie den Prinzipien des Grundgesetzes und der christlichen Ethik widerspricht.

AUF hält die Unterstützung des jüdischen Volkes zusätzlich für ein Vorrecht und einen Gewinn für Deutschland, weil Gott dieses Volk als sein Volk erwählt hat. Diese Berufung gilt unverändert.

Wir treten dafür ein, dass deutsche und europäische Unterstützungsleistungen an die Bevölkerung der Nachbarstaaten von Israel von der Anerkennung des Staates Israel abhängig gemacht und ausschließlich zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Chancen der Bevölkerung eingesetzt wird. Wir erwarten von den israelischen Nachbarstaaten die Integration der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Gesellschaften. Dazu leistet Deutschland auf Wunsch weitere finanzielle und praktische Unterstützung. Eine Zwei-Staatenlösung, wie sie gegenwärtig angestrebt wird, halten wir mittel- und langfristig nicht für tragfähig.

Wir treten für ein ungeteiltes Jerusalem als Hauptstadt Israels und befürworten die Verlegung der deutschen Botschaft nach Jerusalem.